Prüfungsbericht 10 / 2013

Betreff:

**Bericht über die Prüfung der Wirtschaftsführung der Jahre 2011 und 2012
des optimierten Regiebetriebes (oRB) „Amt für Tiefbau und Grünflächen“**

Prüfauftrag /

Prüfungsumfang

gemäß § 84 Abs. 3 ThürKO

Amt/Einrichtung:

Amt 67

Prüfzeitraum:

Wirtschaftsjahre 2011 und 2012

Prüfdauer:

07.11. bis 11.11.2013 mit Unterbrechungen

Zutreffendes ist angekreuzt

Beanstandung wiederholte
Beanstandung Anregung /
Empfehlung Hinweis Erinnerung

A. Seibicke
Anette Seibicke
Prüferin

S. Klopffleisch
Susanne Klopffleisch
Amtsleiterin

Amt 14 an Amt 67 über OB, Bgm.

Mehrausfertigung an

20.1

mit der Bitte um Kenntnis und Verbleib.

Anmerkungen: H= Hinweis E= Empfehlung B= Beanstandung WB= wiederholte Beanstandung

1. Prüfungsauftrag und -durchführung

1.1 Prüfungsauftrag

Aufgabe des Rechnungsprüfungsamtes (RPA) ist es nach § 84 Abs. 3 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO), auch die Wirtschaftsführung der Eigenbetriebe zu prüfen. Dabei ist auf das Ergebnis der Abschlussprüfung (§ 85 ThürKO) durch den Wirtschaftsprüfer mit abzustellen.

1.2 Prüfungsgrundlagen

Das Amt für Tiefbau und Grünflächen wird entspr. § 3 der Betriebssatzung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten als optimierter Regiebetrieb geführt. Wirtschaftsführung und Rechnungswesen richten sich nach den Vorschriften der Thüringer Eigenbetriebsverordnung (ThürEBV).

Die Prüfung erfolgte auf der Grundlage der §§ 84 ff. ThürKO und damit substantiell auf die Einhaltung der für die Wirtschaftsführung geltenden Vorschriften und Grundsätze. Die örtliche Prüfung erstreckte sich zudem darauf, ob die Entscheidungen der zuständigen Beschlussorgane und die Tätigkeit des oRB den kommunalrechtlichen Vorschriften, den Satzungen, Beschlüssen und Dienstanweisungen entsprochen haben.

Die Vor-Ort-Prüfungen erfolgten am 07. und 11.11.2013. Sie beschränkten sich auf Stichproben.

1.3 Prüfungsunterlagen

Zur Prüfung lagen vor:

- Betriebssatzung für den optimierten Regiebetrieb der Stadt Eisenach vom 18.12.2007
- Haushaltssatzungen und Wirtschaftspläne (Entwürfe) der Jahre 2011 und 2012
- Prüfberichte des Wirtschaftsprüfers (Wp) für die Wirtschaftsjahre 2011 und 2012 – der WIRTSCHAFTSBERATUNG Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft WIBERA für 2011 und BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für 2012
- Jahresabschlüsse und Lageberichte der Jahre 2011 und 2012
- Beschlüsse des Stadtrates und des Haupt- und Finanzausschusses für die Wirtschaftsjahre 2011 und 2012
- Berichte über die Kassenprüfungen, Prüfungen der Wirtschaftsführung der Vorjahre
- Vergabeunterlagen zu geprüften Vorgängen

Auskünfte erteilten der Amtsleiter, Herr Schumann, sowie der Abteilungsleiter der Buchhaltung, Herr Nolte.

1.4 Feststellung Jahresabschlüsse Vorjahre

Der Jahresabschluss 2010 wurde mit Beschluss des Stadtrates vom 05.11.2013 entsprechend § 25 Abs. 3 ThürEBV festgestellt und der Vortrag des Jahresverlustes 2010 in Höhe von 726.049,15 € auf neue Rechnung beschlossen (siehe StR /0836/2013).

Es ist beabsichtigt, die Jahresabschlüsse 2011 und 2012 gemeinsam vom Stadtrat feststellen zu lassen.

2. Haushaltssatzungen

Im Jahr 2011 konnte erst im Oktober die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen in den Stadtrat eingebracht werden. Ursache für die große zeitliche Verzögerung war der bis dahin nicht mögliche Haushaltsausgleich. Die Beschlussfassung durch den Stadtrat erfolgte im November 2011. Eine Genehmigung wurde aber durch die Aufsichtsbehörde nicht erteilt, da die erforderliche Tilgung der Altfehlbeträge aus Vorjahren nicht in ausreichendem Maße enthal-

ten war. Die Haushaltssatzung konnte damit keine Rechtskraft erlangen, das gesamte Haushalts- bzw. Wirtschaftsjahr wurde nach den Grundsätzen der vorläufigen Haushaltsführung gearbeitet.

Im Jahr 2012 konnte die Stadt Eisenach aufgrund der finanziellen Situation keinen ausgeglichenen Haushalt aufstellen. In der Folge wurde in der Verwaltung weiterhin das gesamte Haushalts- bzw. Wirtschaftsjahr nach den Grundsätzen der vorläufigen Haushaltsführung gearbeitet.

Die folgenden Angaben zum Wirtschaftsplan beziehen sich jeweils auf den Beschluss des Stadtrates (2011) bzw. auf den Entwurf für das Wirtschaftsjahr (2012).

2.1 Gesamtbeträge Wirtschaftspläne

Die Wirtschaftspläne des optimierten Regiebetriebes enthielten folgende Gesamtbeträge (in €):

		2011	2012	Veränderung
im <u>Erfolgsplan</u>	in Erträgen mit	16.987.350	16.428.200	- 559.150
	in Aufwendungen mit	17.176.050	16.812.900	- 363.150
	geplanter Verlust	188.700	384.700	+196.000
im <u>Vermögensplan</u>	in Einnahmen mit	880.232	939.500	+59.268
	in Ausgaben mit	880.232	939.500	+59.268

2.1.1 Realisierung Erfolgspläne

Der **Erfolgsplan** muss gemäß § 14 (1) ThürEBV alle voraussehbaren Erträge und Aufwendungen enthalten. Die nachfolgenden Übersichten zeigen die Realisierung des Erfolgsplanes durch Gegenüberstellung der zusammengefassten Planansätze und tatsächlichen Ergebnisse auf der Grundlage der geprüften Gewinn- und Verlustrechnung (Pb Wp. 2011, Anlage II S. 5):

2011	Planansatz (€)	Tatsächl. Ergebnis (€)	Abweichung (€)
Betriebl. Erträge	16.915.550	15.797.700,21	- 1.117.849,79
Umsatzerlöse	15.203.250	15.370.733,54	167.483,54
darunter Budget	12.514.000	12.514.000,00	0,00
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	27.635,15	27.635,15
Sonstige betriebl. Erträge*	1.712.300	399.331,52	- 1.312.968,48
Betriebliche Aufwendungen	16.552.050	15.403.989,06	1.148.060,94
Materialaufwand	9.190.300	8.950.173,38	240.126,62
Personalaufwand	5.117.500	4.885.673,17	231.826,83
Abschreibungen	359.400	355.174,48	4.225,52
Sonst. betriebl. Aufwendungen*	1.884.850	1.212.968,03	671.881,97
Betriebsergebnis	363.500	393.711,15	30.211,15
Erträge aus Wertpapieren	45.000	85.000,00	40.000,00
Zinsen und ähnliche Erträge	26.800	51.640,47	24.840,47
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	53.900	53.388,32	511,68
Ergebnis d. gewöhnl. Gesch.tätigkeit	381.400	476.963,30	95.563,30
Außerordentliche Aufwendungen	519.700	0,00	519.700,00
Steuern vom Einkommen u. Ertrag	25.000	0,00	25.000,00
Sonstige Steuern	25.400	29.610,52	- 4.210,52
Jahresergebnis	- 188.700	447.352,78	636.052,78

*inkl. Innenumsätze

Es wurde 2011 ein Budget von 12.514 T€ (Vj.: 11.191 T. €) durch die Stadt geleistet. Die Erhöhung des Budget um 1.323 T. € war begründet durch folgende Leistungen:

- Zahlung an den TAVEE + 519,7 T. € (Aufwand aus der Weiterverrechnung des Zinsanteils der der Stadt Eisenach vom Verband in Rechnung gestellten Straßenentwässerungsinvestitionskostenschuldendienstumlage - SEIKSDU)
- Winterdienst + 200,0 T. €
- Straßenbeleuchtung +140,0 T. €
- Gebäudeunterhaltung + 463,3 T. € (insbesondere Personalkosten für den 2011 eingegliederten Bereich Hochbau).

2012	Planansatz (€)	Tatsächl. Ergebnis (€)	Abweichung (€)
Betriebl. Erträge	16.428.200	16.885.860,50	457.660,50
Umsatzerlöse	15.000.300	15.172.681,48	172.381,48
darunter Budget	12.274.000	12.274.000,00	0,00
Aktivierete Eigenleistungen	40.000	0,00	- 40.000,00
Sonstige betriebl. Erträge*	1.387.900	1.713.179,02	325.279,02
Betriebliche Aufwendungen	16.812.900	17.127.428,85	- 314.528,85
Materialaufwand	9.137.300	9.324.289,44	- 186.989,44
Personalaufwand	5.168.600	5.157.082,48	11.517,52
Abschreibungen	410.600	322.861,94	87.738,06
Sonst. betriebl. Aufwendungen*	2.096.400	2.323.194,99	- 226.794,99
Betriebsergebnis	- 384.700	- 241.568,35	143.131,65
Zinsen und ähnliche Erträge	83.500	152.816,64	69.316,64
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	50.900	50.363,44	536,56
Ergebnis d. gewöhnl. Gesch.tätigkeit	- 352.100	- 139.115,15	212.984,85
Steuern vom Einkommen u. Ertrag	0	- 0,85	0,85
Sonstige Steuern	29.500	31.847,36	- 2.347,36
Jahresergebnis	- 381.600	- 170.961,66	210.638,34

* incl. Innenumsätze

(Pb Wp. 2012, Anlage I S. 8)

Detaillierte Informationen zu den Ergebnissen der einzelnen Betriebszweige sowie den Ursachen für die Abweichungen gegenüber der Planung sind in den Prüfberichten der Wirtschaftsprüfer enthalten, hierauf wird an dieser Stelle verwiesen.

Der oRB wird vorwiegend durch die Budgetzahlungen der Stadt finanziert. Eigene Einnahmen werden lediglich im Rahmen der Friedhofsbewirtschaftung und der Bewirtschaftung der öffentlichen Parkplätze und Parkhäuser durch Erhebung von Gebühren und Entgelten erzielt. Eine Leistungserbringung für Dritte erfolgt nur in sehr geringem Umfang.

2.1.2 Realisierung Vermögenspläne

2011

Von den im Vermögensplan 2011 veranschlagten Mitteln in Höhe von 607.000 € wurden nur 187.596,37 € tatsächlich ausgegeben (rd. 30,9 %). Maßgeblich waren dafür folgende Punkte: Die in den Bereichen Tiefbau (81.400 € für Software Straßendatenbank) und Verwaltung (30.000 € für EDV-Ausstattung) vorgesehenen Mittel wurden nicht in Anspruch genommen. Für den Fuhrpark waren insgesamt 384.500 € geplant, davon wurden nur rd. 53.300 € verausgabt.

Zu Mehrausgaben kam es hingegen bei der Herstellung des Urnenrasenwahlgrabfeldes, geplant waren 20.000 €, tatsächlich verausgabt wurden 41.368,78 € (206,8 %!). Gänzlich eingespart wurden die geplanten Mittel für den Bau eines Brunnens (35.000 €) sowie die Toilettenanlage auf dem Parkplatz Mariental (15.000 €).

2012

Von den im Vermögensplan 2012 veranschlagten Mitteln in Höhe von 939.500 € wurden nur 319.312,55 € tatsächlich ausgegeben (rd. 34 %). Mehrere geplante Investitionen wurden vollständig zurückgestellt. Dies betraf beispielsweise erneut die Toilettenanlage Parkplatz Mariental (15.000 €), das Grabfeld für anonyme Bestattungen mit Namensnennung (40.000 €), die Soft- und Hardware für das Baumkataster (18.700 €) und die Reihenbestuhlung in der Werner-Aßmann-Halle (35.000 €).

Deutlich reduziert waren die Investitionen gegenüber der Planung beim Fuhrpark. Von den kalkulierten 703.000 € wurden nur 254.660,22 € tatsächlich in Anspruch genommen (36,2 %).

Überschreitungen der Plansummen waren im Jahr 2012 nicht zu verzeichnen.

Insgesamt kann eingeschätzt werden, dass auch in diesen beiden Wirtschaftsjahren nur die dringend notwendigen bzw. unabweisbaren Investitionen realisiert wurden.

2.2 Kredite für Investitionen

Kreditaufnahmen zur Finanzierung von Investitionsmaßnahmen wurden in beiden Wirtschaftsjahren nicht festgesetzt und in Anspruch genommen.

Die laufenden Kredite hatten zum 31.12.2011 einen Stand von 1.420 T€ und zum 31.12.2012 1.337,7 T€.

2.3 Verpflichtungsermächtigungen

Verpflichtungsermächtigungen wurden in beiden Wirtschaftsjahren nicht festgesetzt.

2.4 Höchstbeträge Kassenkredite

Die Höchstbeträge der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach den Wirtschaftsplänen wurden 2011 und 2012 mit 1.000 T€ festgesetzt. Die Liquidität des Unternehmens war in beiden Prüffahren jederzeit gegeben.

Die Kreditlinie wurde 2011 und 2012 nicht in Anspruch genommen.

2.5 Stellenpläne

Der Stellenplan des optimierten Regiebetriebes ist Teil des Stellenplanes der Stadtverwaltung und dem Haushaltsplan beigefügt.

Der im Jahr 2011 mit der Haushaltssatzung beschlossene Stellenplan erlangte keine Rechtskraft.

Es galt daher in beiden Wirtschaftsjahren der Stellenplan des Jahres 2009 weiter.

Von den im Stellenplan ausgewiesenen 130,29 Stellen waren in 2011 durchschnittlich 125,0 und in 2012 durchschnittlich 128,3 Stellen besetzt (siehe Pb Wp 2012 Anlage II Seite 4).

3. Jahresabschlüsse

Gemäß § 85 Abs. 1 ThürKO in Verbindung mit § 25 Abs. 2 Thüringer Eigenbetriebsverordnung soll der Jahresabschluss innerhalb von neun Monaten nach Ende des Wirtschaftsjahres durch einen sachverständigen Prüfer (Abschlussprüfer) geprüft sein.

Dem Rechnungsprüfungsamt lagen die Berichte am 19.07.2012 (Wirtschaftsjahr 2011) bzw. am 04.09.2013 (Wirtschaftsjahr 2012) vor.

Die Jahresabschlussprüfung 2011 wurde durch die WIBERA Wirtschaftsberatung AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und 2012 durch die BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft entspr. § 85 Abs 1 ThürKO durchgeführt. Die Prüfungen haben zu keinen Einwendungen geführt. Die uneingeschränkten Bestätigungsvermerke zu den Jahresabschlüssen 2011 und 2012 sind datiert vom 25.06.2012 bzw. vom 09.07.2013. Beide Vermerke wurden unter der aufschiebenden Bedingung vergeben, dass die geprüften Jahresabschlüsse der jeweiligen Vorjahre unverändert festgestellt werden.

Der Jahresabschluss 2010 wurde zwischenzeitlich unverändert festgestellt (siehe Pkt. 1.4).

Nach § 8 Abs. 2 ThürEBV ist es möglich, Jahresverluste auf neue Rechnung vorzutragen und durch Gewinne in den kommenden 5 Jahren auszugleichen. Als kumulierte Gewinne und Verluste aus Vorjahren wurden in der Bilanz zum 31.12.2011 - 800.018,44 € und zum 31.12.2012 - 970.980,10 € ausgewiesen. Über den Jahresgewinn 2011 in Höhe von 447.352,78 € und den Jahresverlust 2012 in Höhe von 170.961,66 € hat gemäß § 25 Abs. 3 ThürEBV der Stadtrat zu entscheiden.

4. Lageberichte

Lt. Wertung des Wirtschaftsprüfers entsprechen die Lageberichte 2011 und 2012 den gesetzlichen Vorschriften nach § 289 HGB und den ergänzenden Bestimmungen der Thüringer Eigenbetriebsverordnung (siehe hier § 24). Die Lageberichte stehen mit den Jahresabschlüssen und den zu den Prüfungen gewonnenen Erkenntnissen in Einklang. Sie vermitteln insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des optimierten Regiebetriebes und stellen die wesentlichen Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar (siehe Prüfberichte der Wirtschaftsprüfer, 2011: IV. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks Seiten 12 und 13 und 2012: II. Grundsätzliche Feststellungen / S. 5 zusammenfassende Beurteilung des Wp.).

5. Zwischenberichte und Beschlüsse

Im Rahmen der Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses (HFA) erstattete die Betriebsleitung regelmäßig schriftlich Bericht über die Lage des optimierten Regiebetriebes.

Die quartalsmäßigen Zwischenberichte (analog § 19 ThürEBV) wurden dem HFA vom Amtsleiter über den Oberbürgermeister bzw. die Oberbürgermeisterin kontinuierlich vorgelegt.

Die Berichte vermitteln nach Wertung der Wirtschaftsprüfer einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Betriebes und in die Unternehmensbereiche. Der HFA wurde über wesentliche Vorgänge zeitnah unterrichtet.

Es gab keine Anhaltspunkte dafür, dass die Berichterstattung nicht in allen Fällen ausreichend war (vgl. auch Prüfberichte der Wirtschaftsprüfer, 2011 und 2012: Anlage III / Seiten 11-12).

Monatlich erfolgten die Berichterstattungen zur Ertragssituation des oRB in Form der Plan-Ist-Vergleiche vom Amtsleiter an den Oberbürgermeister.

Im Jahr 2010 wurde die Rechnungsprüfungsordnung geändert. Danach sind dem Rechnungsprüfungsausschuss die monatlichen Plan-Ist-Auswertungen sowie alle Berichtsvorlagen des Regiebetriebes vorzulegen. Er kann dazu Auskunft von der Verwaltung, insbesondere dem Amtsleiter des Regiebetriebes, verlangen und Empfehlungen an den Haupt- und Finanzausschuss, in dessen Funktion als Werkausschuss, weitergeben.

Beratungen zu den genannten Unterlagen haben in beiden Prüfjahren regelmäßig im Rechnungsprüfungsausschuss stattgefunden.

In den Prüfjahren 2011 und 2012 wurden in 10 bzw. 5 Sitzungen des Stadtrates und 13 bzw. 11 Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses Beschlüsse gefasst, welche die Zuständigkeit des optimierten Regiebetriebes tangierten.

Außerdem wurden in 2011 6 und 2012 5 Beschlüsse in Zuständigkeit des Oberbürgermeisters / der –in gefasst, die ebenfalls inhaltlich den Aufgabenbereichen des optimierten Regiebetriebes zuzuordnen sind.

6. Sonstige Prüfungen

Stichprobenweise wurden im Einzelnen kontrolliert:

6.1 Vertragswesen

Bezüglich des Vertragswesens sind keine Veränderungen gegenüber den Vorjahren zu verzeichnen.

Die Dokumentation von Verträgen wird zentral vorgenommen. Den jeweiligen Sachbearbeitern werden Vertragskopien zur Verfügung gestellt.

Die weitere Aufbereitung der Übersicht zu allen bestehenden Verträgen ist gegenwärtig aufgrund der Personalsituation nicht möglich.

6.2 Stand Leistungsverrechnung Auftraggeber – Auftragnehmerverhältnis

Im Haushaltssicherungskonzept (HSK) 2012 – 2022 wurde unter Nr. 38 die flächendeckende Umsetzung des Auftraggeber-Auftragnehmerverhältnisses bis Ende 2013 als Zielstellung formuliert.

Im Bericht zur Umsetzung des HSK mit Sachstand September 2013 (1310-BR / 2013) wurde hierzu folgende Beurteilung getroffen: „Nach internen Abstimmungen ist davon auszugehen, dass das AG/AN-Modell ohne beschlossene Haushalte in den nächsten Jahren nicht sinnvoll umzusetzen ist“.

Um das Kostenbewußtsein aller Bediensteten zu fördern und Kostentransparenz sicherzustellen wird weiterhin mit entsprechender Rechnungslegung bei Inanspruchnahme von Leistungen des optimierten Regiebetriebes durch die Verwaltung gearbeitet.

Diese Vorgehensweise wird durch das Rechnungsprüfungsamt begrüßt.

In beiden Prüffahren wurden vom optimierten Regiebetrieb Leistungen erbracht, die nicht in Rechnung gestellt wurden. Auf die Einzeldarstellung in den Anlagen 1 und 2 wird verwiesen.

2011 Gesamtsumme: **54.976,36 €**

2012 Gesamtsumme: **22.398,31 €.**

Der Verzicht auf Entgelte wurde dem Amt 67 auch in diesen beiden Prüffahren durch die Verwaltungsspitze vorgegeben. Diese Verfahrensweise ist wiederholt zu beanstanden. **WB**

Es wird erneut empfohlen, die genannten Leistungen künftig vollständig abzurechnen und ggf. den Vereinen als Zuschüsse zur Durchführung von Festen u.ä. bereitzustellen. **E 1**

Eine verbindliche Regelung für die gesamte Verwaltung sollte dafür erarbeitet und von den städtischen Gremien beschlossen werden. **E 2**

6.3 Bestand Allgemeine Rücklage

Der Bestand betrug zum 31.12.2011 und unverändert auch zum 31.12.2012 **6.905 T€.**

6.4 Vergaben

Im Prüfzeitraum wurden insbesondere die freihändigen Vergaben des Bauhofes und im Bereich Sportstätten geprüft.

Bei den stichprobenmäßigen Prüfungen von Vergaben nach VOL / A wurden mehrfach Mängel bei den Dokumentationspflichten festgestellt. **WB**

Auf § 20 VOL A / 2009 wird verwiesen. **H 1**

Danach ist das Vergabeverfahren von Beginn an fortlaufend und lückenlos zu dokumentieren.

Mehrfach wurden folgende Mängel festgestellt:

- Keine Vergabedokumentation zum Vergabevorgang
- Keine Begründung der Unabweisbarkeit in der vorläufigen Haushaltsführung
- Keine Beschreibung der Leistung, keine Angaben zur Prüfung der Eignung der beauftragten Firma in der Vergabedokumentation
- Keine Kontierung zur Beschaffung in der Vergabedokumentation
- Betragsmäßige Abweichung zwischen Angabe in der Vergabedokumentation und Schreiben zur Auftragsvergabe
- Pauschale Angaben im Auftragschreiben, die nicht auf die konkrete Vergabe zutreffen.

Die für Vergaben von Beschaffungen zuständigen Bediensteten sollten regelmäßig geschult werden. **H 2**

6.5 Offene Forderungen

Die Höhe der offenen Forderungen betrug zum 31.12.2012 **425.137,33 €**.

Auffällig waren hierbei mehrere Konten mit offenen Forderungen, die in den Jahren 2001 bis 2006 entstanden. Insbesondere folgende Konten sind hiervon betroffen:

- D 00019 Stadtverwaltung Eisenach
- D 33333 diverse Netzbetreibung
- D 88888 diverse Kunden Friedhof
- D 99998 diverse Fäkalentsorgung
- D 99999 diverse Kunden TW / AW.

Es wird empfohlen, eine nochmalige Prüfung der genannten Altforderungen vorzunehmen und bei nicht möglicher Einbringung entsprechende Ausbuchungen zu veranlassen. **E 3**

Bei den offenen Posten der Stadtverwaltung Eisenach (Konto D 00019) aus dem Jahr 2006 in Höhe von 24.038,82 € bzw. 160.393,05 € handelt es sich um die Berechnung von Urlaubsgeld und Leistungen für Altersteilzeit für das im Jahr 2006 übernommene Personal der Gebäudewirtschaft. Die Richtigkeit der Beträge wurden bisher jährlich durch die Wirtschaftsprüfer bestätigt.

Durch das Amt 67 ist bezüglich der offenen Forderungen gegenüber der Stadtverwaltung unverzüglich eine abschließende Klärung herbeizuführen.

Es wird hierzu empfohlen, das Personalamt an die bestehenden Forderungen zu erinnern und kurzfristig eine Stellungnahme bzw. die Zahlung zu fordern. Auf Grundlage der Antwort sollte eine Entscheidung zur weiteren Verfahrensweise getroffen werden. **E 4**

In 2011 wurden Forderungen i. H. von 7.688,97 € aus nachvollziehbaren Gründen (vorliegende Vollstreckungsberichte, Insolvenzen bzw. nicht mögliche Vollstreckbarkeit wegen Wegzug ins Ausland, Schuldner verstorben – keine Erben) ausgebucht.

Im Jahr 2012 wurden aus genannten Gründen Forderungen in Höhe von insgesamt 116,44 € ausgebucht.

6.6 Risikofrüherkennung

Von den Wirtschaftsprüfern wird wie in Vorjahren eingeschätzt, dass die getroffenen Maßnahmen zur Erkennung bestandsgefährdender Risiken grundsätzlich geeignet sind, mögliche Risiken zu erkennen und rechtzeitig Gegenmaßnahmen einzuleiten. Zur Erfüllung der diesbezüglichen gesetzlichen Vorschriften wird jedoch auf das Erfordernis zur Dokumentation eines Risikofrüherkennungssystems, das auf die besonderen Bedingungen des Betriebes ausgerichtet ist, hingewiesen (vgl. Prüfberichte der Wirtschaftsprüfer für die Wirtschaftsjahre 2011 und 2012, Anlage III / Seiten 5 bis 6).

Schriftliche Dokumentationen liegen bisher in Form der Plan-Ist-Vergleiche der Abteilungen und der täglichen bzw. wöchentlichen Finanzabgleiche vor. Diese werden kontinuierlich ausgewertet.

Kritische Schwellenwerte (z.B. Personalentwicklung, Alter des Fahrzeug- und Technikbestandes, Belegungsentwicklung in Parkhäusern) sind als Frühwarnsignale formal noch nicht definiert.

Nicht zufriedenstellend ist nach Einschätzung der Betriebsleitung weiterhin der bauliche Zustand der zu bewirtschaftenden Gebäude, insbesondere der Schulen, sowie der städtischen Straßen und Brücken. Der Investitionsstau wird künftig zu höheren Reparatur- und Bewirtschaftungskosten führen.

Auch diese Punkte sollten, wie bereits im letzten Prüfbericht des RPA empfohlen, im Rahmen des Risikofrüherkennungssystems dokumentiert und überwacht werden. **E 5**

Ergänzt werden sollten desweiteren alle Prüfungen zur Ordnung und Sicherheit, die der optimierte Regiebetrieb regelmäßig veranlasst, wie z.B. Prüfungen der Brücken und Spielplätze.

Zusätzlich sollte auch auf notwendige, aber fehlende Arbeitsmittel verwiesen werden, um Bewertungen der Soll- bzw. Istzustände diverser Kennziffern exakt vornehmen zu können. Diese Empfehlungen werden erneuert. **E 6**

6.7 Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit

Es wurden keine Feststellungen getroffen, die nicht im Einklang mit den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit standen.

Nach den Prüfungen des RPA wurden Zahlungen so rechtzeitig geleistet, dass die eingeräumten Skontimöglichkeiten in Anspruch genommen wurden. Insgesamt wurden in 2011 **Skonti-Erträge** in Höhe von 6.524,70 € und in 2012 in Höhe von 8.739,35 € erzielt.

In den Jahren 2011 und 2012 hat der optimierte Regiebetrieb **Spenden** im Bereich Grünflächen und für den Friedhof erhalten.

Für den Friedhof betrug der Bestand Ende 2011 1.323,04 € und zum 31.12.2012 1.423,04 €. In beiden Jahren wurden keine Spendenmittel zur Finanzierung von Leistungen für den Friedhof eingesetzt. Es wird vorsorglich darauf verwiesen, dass lt. Rundverfügung (RV) 150 / 2011 (Visakontrolle) Punkt 3. vom Regiebetrieb alle Ein- und Auszahlungsanordnungen im Rahmen von Maßnahmen, die ganz oder teilweise über Spenden und Sponsoring finanziert werden, vorzulegen sind. **H 3**

Für den Bereich Grünflächen sind in beiden Jahren Spenden in Höhe von insgesamt 17.549,21 € (650,00 davon in 2011) eingegangen. Die genannten Spendenmittel wurden 2012 vollständig zur Finanzierung von Maßnahmen im Bereich Grünflächen eingesetzt. Die Anordnungen wurden nicht zur Visakontrolle gem. RV 150-/ 2011 vorgelegt. **B 1**

Im Jahr 2011 erhielt der optimierte Regiebetrieb von der Kommunalen Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG (KEBT AG) eine **Dividende** in Höhe von 84.896,45 € für das Geschäftsjahr 2010 / 2011 ausgezahlt. Im Folgejahr betrug die Dividende für die 20.000 Stückaktien 85.000,00 €.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Ausschüttung nach Übertragung der Aktien im September 2012 auf den Kommunalen Energiezweckverband Thüringen (KET) entwickelt.

In den Wirtschaftsjahren 2011 und 2012 wurden verschiedene Maßnahmen im optimierten Regiebetrieb mit der Zielstellung des sparsamen und wirtschaftlichen Einsatzes der Mittel

umgesetzt. In den folgenden Ausführungen werden diese zusammengefasst dargestellt (vgl. hierzu auch Lageberichte für die Wirtschaftsjahre 2011 und 2012 des optimierten Regiebetriebes):

2011:

- Zur Rationalisierung der Friedhofsverwaltung wurde die Software PRO SIRIS angeschafft. Damit wird die Verwaltung der Grabstätten elektronisch vorgenommen. Die Maßnahme führt zu einer Personaleinsparung von 25 % einer Volltagsarbeitskraft.
- Durch Neuinstallation der Stromanschlüsse auf dem Gelände des Festplatzes Spicke und dem Abriss der Trafostation im Palmental können zusätzliche innerbetriebliche Erträge erwirtschaftet werden.
- Zum 01.01.2011 hat das Projekt „Energiesparen macht Schule“ begonnen, es wird eingeschätzt, dass dadurch jährlich ca. 25 – 40 T. € eingespart werden können (Ergebnis 2011: 64,7 T€ Einsparung).

2012:

- zur Vermeidung von Entsorgungskosten für Baumschnitt wurden in einen neuen Shredder 30 T€ investiert. Das Shreddergut wird zur Abdeckung von Strauchflächen eingesetzt und trägt damit zur Reduzierung des Materialeinsatzes bei.
- In der Sparte Bauhof/Straßenbeleuchtung konnten durch Umstellung auf das kostengünstige Auffüllen und Verdichten mit Fräsgut Spareffekte erzielt werden.

Bearbeitungsstand der Prüfbemerkungen zur Wirtschaftsführung 2009 und 2010:

Einzelne Anmerkungen sind erneut im Prüfbericht zur Wirtschaftsführung der Jahre 2011 und 2012 enthalten.

7. Schlussbemerkung

Die Auswertung zu den Prüfergebnissen und Besprechung zum Entwurf des Prüfberichtes der Wirtschaftsjahre 2011 und 2012 erfolgte am 13.05.2014 mit dem Amtsleiter des Amtes für Tiefbau und Grünflächen der Stadtverwaltung Eisenach.

Beanstandet wurde, dass

- bei verschiedenen Leistungen auf die Erhebung von Entgelten auf Anweisung der Verwaltungsspitze verzichtet wurde,
- bei Vergaben nach VOL / A wiederholt Mängel bei den Dokumentationspflichten vorgefunden wurden und
- bei Finanzierung von Maßnahmen mittels Spenden keine Vorlage zur Visakontrolle gem. RV 150 / 2011 erfolgte.

Die Aufgaben des optimierten Regiebetriebes sind in der Betriebssatzung vom 18.12.2007 im § 2 - Gegenstand des Betriebes - festgehalten. Eine Anpassung erfolgte seit dem nicht, so dass die Eingliederung der Abteilung Hochbau in die Abteilung Gebäudemanagement zum 01.01.2011 bisher satzungsrechtlich nicht berücksichtigt wurde (siehe auch Pb Wp. 2011).

Wie bereits im letzten Prüfbericht des RPA empfohlen, sollte eine Anpassung der Betriebsatzung unverzüglich erfolgen.

Die Regelungen der **Thüringer Eigenbetriebsverordnung** wurden mit der Dritten Verordnung zur Änderung der Thüringer Eigenbetriebsverordnung vom 25. Oktober 2013 (veröffentlicht im Gesetz- und Verordnungsblatt Thüringen Nr. 11 2013 am 19.12.2013) bis zum 31.12.2014 verlängert.

Zwischenzeitlich liegt der Verwaltung der Entwurf einer neuen Thüringer Eigenbetriebsverordnung vor, die Regelung soll zum 01.01.2015 in Kraft treten. Danach kann die Betriebsform des optimierten Regiebetriebes weiter bestehen.

Die Effizienz bestehender Verwaltungsstrukturen ist dennoch regelmäßig zu überprüfen. **H 4**